

# Der Rechtsstaat wird geschützt – bis er abgeschafft ist!

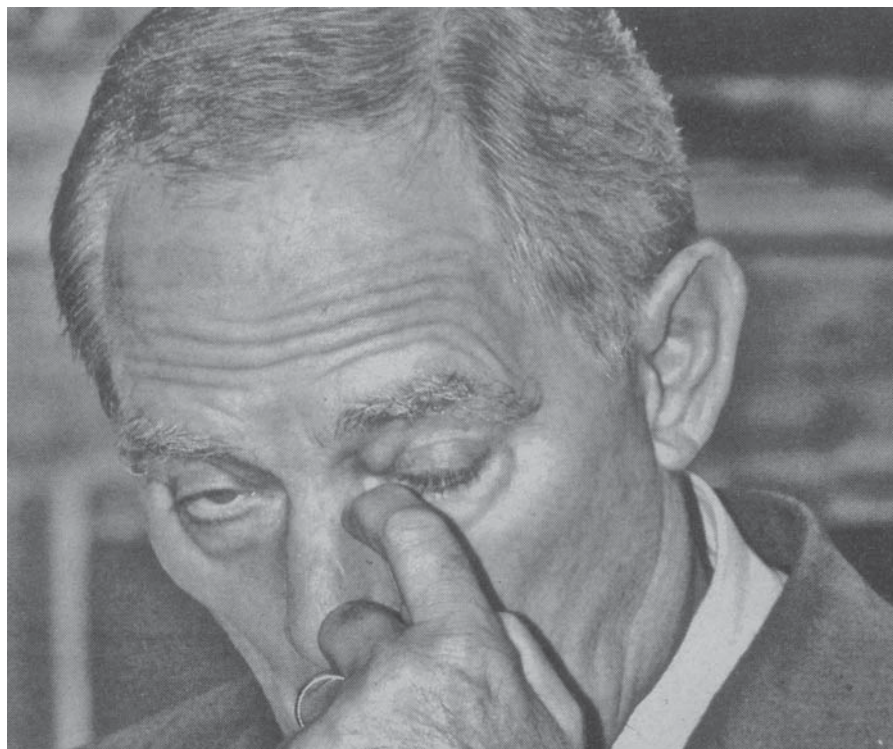
Die geplante Ausweitung staatlicher Überwachungsmaßnahmen stößt bei vielen Teilen der Bevölkerung, insbesondere bei Ärzten, Anwälten und Journalisten, auf erbitterten Widerstand.

In einer gemeinsamen Erklärung vom 7.5.2007 kritisieren BFB (Bundesverband der Freien Berufe), DAV (Deutscher Anwaltverein), Bundesärztekammer, Bundeszahnärztekammer und DJV (Deutscher Journalisten-Verband) den Entwurf zur Neuregelung der Telekommunikationsüberwachung.

Dies wäre ein ungerechtfertigter »Einbruch in angestammte Bürgerrechte«:

*»Wenn hier versucht wird, im Alltag der Kriminalitätsprävention, der Strafverfolgung und des Staatsschutzes zum Teil als lästig empfundene Teile des Rechtsstaates zu minimieren oder ganz abzuschaffen, mag das menschlich verständlich sein, ist aber vor dem Hintergrund der Selbstprivilegierung der Politik (...) eher schändlich zu nennen.*

*Sicherheit ist wichtig. In Sicherheit im Rechtsstaat zu leben ist das legitimierte Bedürfnis unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger. Die weitere Einschränkung des Rechtsstaates wäre ein zu hoher Preis.«*



Schon die nächste Grundrechtseinschränkung ins Auge gefaßt, Herr Innenminister?

Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Otto Schily von der SPD, der die Freiheitsrechte der Bürger heimlich, still und leise ausgehöhlt hat, bekämpft Dr. Wolfgang Schäuble die Eckpfeiler unserer Grundordnung offen und gezielt.

*»Ich kann an unseren Plänen nichts Schlimmes erkennen«* sagte er in einem Gespräch mit dem »stern« (Ausgabe 17/2007). Der Rechtsstaat beschneide nicht die Freiheit, sondern er bemühe sich, sie zu schützen. *»Die Unschuldsvermutung heißt im Kern, daß wir lieber zehn Schuldige nicht bestrafen als einen Unschuldigen zu bestrafen. Der*

**Grundsatz kann nicht für die Gefahrenabwehr gelten ...«**

Dieser Mann ist selbst zu einem Sicherheitsrisiko geworden! Bei einer fortschreitenden Einschränkung der Grundrechte gibt es bald nichts mehr zu schützen!

## Die Meinungsfreiheit

muß man schützen gegen die, die oben sitzen!



Ihr Klick gegen die

**MEDIEN-  
DIKTATUR:**

<http://www.un-nachrichten.de>  
Informationen: UN, Postfach 400215, 44736 Bochum

## Das offene Wort

### Lieber Herr Innenminister!

Wer nichts zu verbergen hat, der muß auch nichts befürchten. Ein beliebter Satz. Aber bei Ihren Ideen geht es nicht darum, ob jemand etwas zu verbergen hat, es geht um Überwachung.

Wenn Paßbilder oder Fingerabdrücke über eine zentrale Datei automatisch von verschiedenen Dienststellen abgerufen werden können, werden womöglich Unschuldige ins Visier der Strafverfolgungsbehörden geraten und der Überwachungsstaat von Orwell wird dann nicht mehr nur eine bloße Schreckensvision sein.

Sie stellen eine ganze Republik unter Generalverdacht. Unaufhörlich versuchen Sie, den Staat mit Ihrem Mißtrauen gegenüber allen Bürgern anzustecken.

Sicherlich wird es Ihnen nicht gelingen, sämtliche Konzepte in vollem Umfang in geltendes Recht umzusetzen, führt man sich aber die Summe der Punkte vor Augen, die Ihnen vorschweben, beginnt die systematische Erfassung aller Bürger.

Glaubt man Ihrer Argumentation, scheint es um die Sicherheit in Deutschland schlecht bestellt sein. Aber auch mit Ihren Vorschlägen erhalten Sie keine absolute Sicherheit, gibt es doch für jede Form der Überwachung früher oder später eine Möglichkeit, diese auszutricksen.

**Sie sollten sich von Ihrem Sicherheitswahn verabschieden, bevor die Bürger sich gänzlich von diesem Staat abwenden!**

Sabine Möller

# Schäubles neue Vision: Paßfotos und Fingerabdrücke von allen

**Schäubles Sicherheitspläne entwickeln sich immer mehr zu einem Alptraum für alle Bürger: Der Innenminister will nun, daß die Polizei »online« auf Millionen Paßfotos zugreifen darf, zudem sollen die Fingerabdrücke aller Bürger gespeichert werden.**

Innenminister Schäuble hatte unter anderem geplant, die Fingerabdrücke in den Meldestellen zu speichern und den Zugriff für Strafverfolgungsbehörden zu ermöglichen. Auch eine zentrale digitale Paßbilderdatei sollte durch die Vernetzung der Einwohnermeldeämter eingeführt werden.

**De facto würden damit alle Bürger erfaßt und unter Generalverdacht gestellt.**

Von seinem Plan, Fingerabdrücke zur Verbrechensbekämpfung auf Vorrat zu speichern, mußte der Innenminister wegen verfassungsrechtlicher Bedenken vorerst abrücken.

**»Das wäre eine Vorratsdatenspeicherung beim unbescholtenen Bürger«, so SPD-Innenexperte Dieter Wiefelspütz. »Einem verfassungswidrigen Gesetz werden wir nicht zustimmen«.**

Jetzt soll der Kabinettsbeschuß umgesetzt werden, Fingerabdrücke lediglich zur Erstellung von biometrischen Pässen zu verwenden und dann sofort wieder zu vernichten. Die im Paß gespeicherten Fingerabdrücke werden vorerst nicht bei den Meldeämtern hinterlegt.

Eine Einigung erreichen will man beim geplanten Zugriff der Polizei auf die gespeicherten Paßfotos, äußerte sich Wiefelspütz weiter und schlug einen Kompromiß vor. Danach soll zwar die Polizei künftig die Bilder zur Verfolgung von Straftaten erhalten, aber nicht im automatisierten Zugriff. Das verstieße gegen die Regeln der Zusammenarbeit der Behörden bei der Datenübermittlung. Vielmehr sol-

le die Polizei die Bilder nur auf Anfrage erhalten.

Ebenfalls auf Anfrage erhalten möchte Schäuble die Daten aus den Lkw-Maut-Erfassungssystemen. Die dazu notwendigen rund 300 Kontrollbrücken wurden bereits von Anfang an so eingerichtet, daß Nummernschilder auch noch bei Geschwindigkeiten über 250 km/h erfaßt werden können.

Vom Betreiber Toll Collect hieß es zum Vorhaben Schäubles, »wir führen das aus, was der Auftraggeber von uns möchte«. Derzeit sei dies lediglich der Betrieb des Mautsystems. Andere Anforderungen müßten zunächst einmal formuliert werden. Dann werde geprüft, was technisch möglich sei.

Ein Überwachungssystem, welches Begehrlichkeiten, nicht nur beim Innenminister, weckt. Bislang werden von **jedem** Fahrzeug zwei Bilder aufgenommen, eins vom Nummernschild und ein Gesamtbild. Wenn das Fahrzeug nicht mautpflichtig ist, werden die Daten wieder gelöscht.

**Sollten sich Schäubles Visionen durchsetzen und die Vorratsdatenspeicherung Realität werden, wird sich das ändern! Auch die Speicherung sämtlicher Fingerabdrücke wäre dann wieder ein Thema.**

verteilt/überreicht von:

Bürgerinfo D 507 ist eine Leseprobe aus der 12-seitigen Monatsschrift »UN«. Kostenlose Probeexemplare erhalten Sie gegen Einsendung einer 1,45 € Rückporto-Marke an: UN, Postfach 400215, 44736 Bochum.